S 7 P 6/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Gießen Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 P 6/21 Datum 17.08.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 P 31/21 Datum 12.11.2021

3. Instanz

Datum -

1. Â Die Klage wird abgewiesen.

2. Â Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Tatbestand

Im Streit steht die Gew \tilde{A} xhrung eines Entlastungsbetrages nach \hat{A} § 45b SGB XI f \tilde{A} 1 4r Gartenarbeiten.

Der 1974 geborene Kläger ist bei der Beklagten gesetzlich pflegeversichert und erhält Pflegegeld nach dem Pflegegrad 3 (Bescheid vom 18.10.2017). Er und seine Ehefrau leben in einer Wohnung und beziehen jeweils volle Erwerbsminderungsrenten. Der Kläger schloss mit dem Sozialwerk Haushalt und Familie Hessen e.V., Sozialdienst B-Stadt, eine Leistungsvereinbarung ù¼ber â□□Hauswirtschaftliche Unterstù¼tzung und Hilfe im Gartenâ□□ zu 26,50 â□¬ pro Stunde zuzù¼glich 6,00 â□¬ Hausbesuchspauschale als Betreuungs- und Entlastungsleistung nach § 45b SGB XI. Mit Schreiben vom 31.08.2020 beantragte der Kläger bei der Beklagten Ã□berprù¼fung der Kostenù¼bernahme fù¼r Gartenarbeit nach § 45b SGB XI. Mit Bescheid vom 16.11.2020 fù¼hrte die

Beklagte aus, der Antrag sei abzulehnen, da Gartenarbeit generell keine Leistung im Sinne des $\frac{\hat{A}\S}{45b}$ SGB XI sei. Mit Widerspruchsbescheid vom 20.01.2021 wies die Beklagte den Widerspruch zur \tilde{A}^{1} /4ck. \hat{A}

Am 29.01.2021 hat der Kläger Klage erhoben und beantragt, â∏ohne mÃ⅓ndliche Verhandlung nach § 124 Abs. 2 [SGG] durch Gerichtsbescheid zu entscheidenâ∏.Â

Der Kläger beantragt (sinngemäÃ∏),Â

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 16.11.2020 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.01.2021 zu verurteilen, dem Kl \tilde{A} x ger einen Entlastungsbetrag nach \hat{A} x y z z

Die Beklagte beantragt, Â

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte verweist auf die angegriffenen Bescheide. A

Die Beklagte hat mit Schreiben vom 07.06.2021 ihr EinverstĤndnis mit einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid bzw. durch Urteil ohne mündliche Verhandlung erklĤrt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen, die Gegenstand der Entscheidung gewesen sind.

Entscheidungsgründe

Die Kammer konnte mit dem Einverst \tilde{A} $^{\mu}$ ndnis der Beteiligten ohne m \tilde{A} $^{\mu}$ ndliche Verhandlung durch Urteil entscheiden (\hat{A} $^{\mu}$ 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz \hat{A} $^{\mu}$ 1 SGG \hat{A} $^{\mu}$ 1). \hat{A}

Die zulĤssige Klage ist unbegründet. Die angegriffenen Bescheide der Beklagten sind rechtmäÃ∏ig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten im Sinne von <u>§ 54 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG). Der Kläger hat gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Gewährung eines Entlastungsbetrages gemäÃ∏ <u>§ 45b Abs. 1 Satz 1 SGB XI</u>.

Pflegebedürftige in häuslicher Pflege haben Anspruch auf einen Entlastungsbetrag von bis zu 125,00 â∏¬ monatlich (§ 45b Abs. 1 Satz 1 SGB XI). Der Betrag ist zweckgebunden einzusetzen für qualitätsgesicherte Leistungen zur Entlastung Pflegender sowie zur Förderung der Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit der Pflegebedürftigen bei der Gestaltung ihres Alltags (vgl. § 45b Abs. 1 Satz 2 SGB XI). Er dient gemäÃ∏ § 45b Abs. 1 Satz 3 SGB XI der Erstattung von Aufwendungen, die den Versicherten entstehen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme vonÂ

- 1. Â Leistungen der Tages- oder Nachtpflege,
- 2. Â Â Leistungen der Kurzzeitpflege,
- 3. Â Leistungen der ambulanten Pflegedienste im Sinne des <u>§ 36 SGB XI</u>, in den Pflegegraden 2 bis 5 jedoch nicht von Leistungen im Bereich der Selbstversorgung,
- 4. Â Leistungen der nach Landesrecht anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag im Sinne des <u>§ 45a SGB XI</u>.

Angebote zur Unterstützung im Alltag im Sinne von § 45b Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 SGB XI neben Betreuungsangeboten (Nr. 1) und Angeboten zur Entlastung von Pflegenden (Nr. 2) â \square Angebote, die dazu dienen, die Pflegebedürftigen bei der BewÃxltigung von allgemeinen oder pflegebedingten Anforderungen des Alltags oder im Haushalt, insbesondere bei der Haushaltsführung, oder bei der eigenverantwortlichen Organisation individuell benötigter Hilfeleistungen zu unterstützen (Angebote zur Entlastung im Alltag)â \square , § 45a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB XI. Die Angebote benötigen eine Anerkennung durch die zustÃxndige Behörde (vgl. § 45a Abs. 1 Satz 3 SGB XI). In Betracht kommen u.a. Serviceangebote für haushaltsnahe Dienstleistungen (§ 45a Abs. 1 Satz 5 SGB XI).

Der Anspruch auf den Entlastungsbetrag entsteht, sobald die in $\frac{\hat{A}\S}{45}$ Abs. 1 Satz 1 SGB XI genannten Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, ohne dass es einer vorherigen Antragstellung bedarf ($\frac{\hat{A}\S}{45}$ 45b Abs. 2 Satz 1 SGB XI). Die Kostenerstattung in H \tilde{A} ¶he des Entlastungsbetrags erhalten die Pflegebed \tilde{A} ¼rftigen gegen Vorlage entsprechender Belege \tilde{A} ¼ber entstandene Eigenbelastungen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der in $\frac{\hat{A}\S}{45}$ 45b Abs. 1 Satz 3 SGB XI genannten Leistungen ($\frac{\hat{A}\S}{45}$ 45b Abs. 2 Satz 2 SGB XI).

Die Frage, ob â∏∏Gartenarbeitenâ∏∏ vom allein in Betracht kommenden Anspruch nach <u>§ 45b Abs. 1 Satz 3 Nr. 4</u> i.V.m. <u>§ 45a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB XI</u> umfasst sind, dürfte ohne nähere Präzisierung der fraglichen Arbeit nicht allgemeingültig zu beantworten sein. Nach der Gesetzesbegründung zu § 45a SGB XI sollen Serviceangebote für haushaltsnahe Dienstleistungen insbesondere der Unterstļtzung bei der hauswirtschaftlichen Versorgung und der BewĤltigung von sonstigen Alltagsanforderungen im Haushalt dienen. Erfasst werden sollen sowohl regelmäÃ∏ig als auch unregelmäÃ∏ig anfallende Aufgaben im Haushalt, wie etwa das Reinigen der Wohnung und der WAxsche, das Erledigen von EinkĤufen oder der Fahrdienst zu Arzt- und sonstigen Terminen. Umfasst sein können aber auch Botengänge z.B. zu Post, Apotheke oder Behörden, Unterstýtzungsleistungen bei der Korrespondenz mit Behörden, Banken oder Versicherungen sowie Hilfen bei einem pflegebedingt notwendigen Umzug. Auch Rat und praktische Hilfe kA¶nnen dazu gehA¶ren (Waldhorst-Kahnau in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB XI, 2. Aufl., § 45a SGB XI (Stand: 29.06.2021), Rn. 23). Soweit im Gesetzesentwurf auch von â∏Blumenpflegeâ∏ die Rede ist, wird dies nur im Kontext mit Erledigungen innerhalb der Wohnung erwähnt (vgl. BR-Drs. 223/14, S. 39). Gartenarbeiten haben fÃ¹/₄r sich genommen keinen Bezug zu den grundlegenden Bedļrfnissen des zu Pflegenden. Sie kĶnnten ggf. insoweit Relevanz haben, als sie â∏ etwa aufgrund ordnungsrechtlicher Vorschriften (z.B.

betreffend die Entfernung von \tilde{A} berwuchs) \hat{a} durchgef \tilde{A} hrt werden m \tilde{A} ssen, um den Verbleib in der Wohnung zu sichern. \hat{A}

Die Beantwortung der (abstrakten) Rechtsfrage, ob für Gartenarbeiten Entlastungsbeiträge gewährt werden können, kann die Kammer jedoch offenlassen. Denn vorliegend scheitert die Gewährung eines Entlastungsbetrages bereits daran, dass der Kläger keine Belege über entstandene Eigenbelastungen vorgelegt hat. Vorgelegt werden mÃ⅓ssten Rechnungen Ã⅓ber die im einzelnen abgerufenen Leistungen. Allein die Vorlage der mit dem Sozialwerk geschlossenen Leistungsvereinbarung reicht nicht aus. Denn sie gibt nur Aufschluss Ã⅓ber das, was die Parteien vereinbart haben. Nicht ersichtlich ist jedoch, welche Leistungen der Kläger konkret erhalten und wieviel er dafÃ⅓r bezahlt hat. Es obliegt daher dem Kläger, die entsprechenden Rechnungen bei der Beklagten einzureichen.

Die Klage war nach alledem abzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u>. Â

Erstellt am: 12.01.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024